



Haushalts- und Finanzausschuss

33. Sitzung (öffentlich)

14. März 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Das föderale System der Deutschen Bundesbank muss erhalten bleiben -
Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 14. Februar 2001 | 1 |
| | Drucksache 13/718 (Neudruck) | |
| | Bericht der Landesregierung | |
| | Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet. | 1 |
| | In der anschließenden Aussprache antwortet der Finanzminister
auf die sich ergebenden Fragen. | 3 |

2 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 2000

-

Vorlage 13/1268

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die in der Vorlage mitgeteilten über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen des Landes Nordrhein-Westfalen

6

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2146

Vorlage 13/1282

Zuschrift 13/1374

Der Ausschuss berät den Antrag abschließend.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

4 Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2124

Vorlagen 13/1292 und 13/1332

Information 13/391

Zuschriften 13/1351 und 13/1393

Der Ausschuss führt eine erste inhaltliche Beratung des Gesetzentwurfs durch. Zu den Fragen der Abgeordneten nimmt der Finanzminister Stellung. Das weitere Beratungsverfahren soll im Obleutegespräch präzisiert werden.

5 Das Gesetz zur Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLBG) einer kritischen Prüfung unterziehen 13

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2282

In Verbindung damit:

Autonomie ernst nehmen - Nordrhein-westfälische Hochschulen aus der Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebs entlassen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2290

Die Abgeordneten diskutieren über das Beratungsverfahren. Es wird vereinbart, die Zuständigkeits- und Terminfragen in einem Gespräch der Obleute aller beteiligten Ausschüsse und Unterausschüsse in der nächsten Woche zu erörtern.

**6 Volle Altersteilzeit auch für Lehrer statt wachsender Frühpensionierungen
- Gleichbehandlung der verbeamteten Lehrer mit anderen Landesbeamten**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1580

Vorlage 13/949

-

Die Beratung wird einvernehmlich abgesetzt.

**7 Einrichtung von zwei Stellen im Einzelplan 01, Titelgruppe 61, für die
Enquete-Kommission III "Zukunft der Pflege in NRW" gemäß § 7 Abs. 5
HG 2002**

15

Vorlage 13/1324

Der Ausschuss **erteilt** einstimmig seine **Einwilligung**.

**8 Mehr Unabhängigkeit und Transparenz der Finanzkontrolle in Nordrhein-
Westfalen**

16

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1517

Vorlage 13/1261

Zuschriften 13/1247, 13/1331 und 13/1371

Nach kurzer Verfahrenserörterung verschiebt der Ausschuss einvernehmlich seine Beratung.

9 Umsatzsteuerbefreiung für die Deutsche Post AG 16

Bericht des Finanzministeriums

Der Ausschuss nimmt zunächst einen weiteren Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM) entgegen. 16

In der anschließenden Debatte kündigt der Finanzminister an, die Klagemöglichkeiten des Landes prüfen zu lassen. Seitens der CDU-Fraktion wird angeregt, die parlamentarische Staatssekretärin im BMF, Dr. Barbara Hendricks, im Ausschuss zu befragen. 18

10 Entwurf eines 4. Finanzmarktförderungsgesetzes 21

Bericht des Finanzministeriums

MDgtin Marienfeld (FM) unterrichtet den Ausschuss und sagt eine ergänzende Vorlage zu.

11 Jahresabschluss 2001 22

Vorlage 13/1273

In Verbindung mit:**12 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 22**

Vorlage 13/1270

In einer kurzen Aussprache werden Fragen vom Finanzministerium beantwortet. Der Ausschuss nimmt von Vorlage 13/1270 Kenntnis.

13 Verschiedenes

23

hier: **Zuweisungen an das Land Niedersachsen aus dem Länderfinanz-
ausgleich**

Der Finanzminister beantwortet eine Frage von Edith Müller
(GRÜNE).

würden, antwortet **MDgt Dr. Berg (FM)**, das Ist-Ergebnis des Jahres 2001 habe bei 64,5 Millionen Euro gelegen. Der Haushaltsansatz 2002 sei in der Tat auf 59,0 Millionen Euro reduziert worden. Es sei zu früh, eine Aussage zu treffen, ob dieses Ergebnis erreicht werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

4 **Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2124

Vorlagen 13/1292 und 13/1332

Information 13/391

Zuschriften 13/1351 und 13/1393

Vorsitzender Volkmar Klein weist darauf hin, dass das Finanzministerium die Fragen der Abgeordneten mit den Vorlagen 13/1292 und 13/1332 beantwortet habe. Heute bestehe die Möglichkeit, weitere Fragen zu stellen.

Michael Breuer (CDU) wüsste gerne, ob es von der EU-Kommission irgendeine Reaktion auf den Gesetzentwurf gebe.

Minister Peer Steinbrück (FM) führt aus, der Gesetzentwurf sei der Kommission kurz vor Weihnachten übermittelt worden. Es habe darauf noch kein Echo gegeben.

Man habe sich jedoch vor 14 Tagen mit der EU-Kommission bezüglich der Auslegung der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast und hinsichtlich der zeitgerechten Bedienung von Verbindlichkeiten in der Übergangszeit bis Juli 2005 geeinigt. Letzteres erstrecke sich auf den Fall, dass eine Sparkasse oder eine Landesbank einmal zahlungsunfähig werden sollte.

Es sei vereinbart worden, dass der DSGVO in Abstimmung mit den Ländern und dem Bund eine einheitliche Formulierung zur Verfügung stellen werde, die den Konsens mit der EU-Kommission wiedergebe. Im weiteren Beratungsverfahren werde er die Fraktionen bitten, das gemeinsame Ergebnis in das Artikelgesetz hineinzunehmen. In den anderen 15 Ländern solle das gleichermaßen gehandhabt werden. Er bitte schon jetzt, die dann vorgelegte Formulierung lupenrein zu übernehmen, um es nicht zu Missverständnissen oder zu unterschiedlichen Regelungen in den Landesgesetzen kommen zu lassen.

Nach seiner Wahrnehmung sei damit der Streit, auch was das Verhältnis der privaten Banken und der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute betreffe, beendet. Vorgestern sei es zu einem Treffen zwischen Herrn Bräuer als Vertreter des Bundesverbandes der privaten Banken und Herrn Hoppenstedt als Vertreter des DSGV gekommen, und es sei jetzt erkennbar, dass gerichtliche Auseinandersetzungen nicht mehr angestrebt würden. Er hoffe, dass ein Status erreicht sei, der einen soliden und sauberen Wettbewerb zulasse.

Edith Müller (GRÜNE) dankt für die schriftliche Beantwortung der Fragen. Zu den Darlegungen zur Finanzierung der Schuldnerberatung - Seite 4 der Vorlage 13/1292 -, wonach ein Satzteil im Gesetz gestrichen werden müsse, um eine andere Lösung zu ermöglichen, bitte sie um Klärung, ob mit der zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Sparkassen- und Giroverbänden vereinbarten Fondslösung das bisherige System fortgeschrieben werde.

MDgtin Marienfeld (FM) bestätigt, das System werde fortgeschrieben, und es werde auch keine Auslaufzeit geben.

Helmut Diegel (CDU) dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die Beantwortung der vielen Fragen. Für zentral halte er die von Herrn Breuer schon aufgeworfene Frage, wie die EU-Kommission die neue Struktur der WestLB beurteile. Der Finanzminister habe nur pauschal darauf geantwortet. Nach seinen Informationen gebe es Einzelheiten, die Herr Monti überprüfe. Er wüsste gern, worum es sich dabei handele.

Im Verhältnis zu Herrn Monti gebe es keine offenen Punkte mehr, antwortet **Minister Peer Steinbrück (FM)**. Das gelte auch für das Mutter-Tochter-Modell. Herr Monti habe bereits im Oktober 2001 bestätigt, dass das Modell mit dem europäischen Wettbewerbsrecht kompatibel sei. Aus Sicht der EU-Kommission sei auch der leidige Wfa-Streit zumindest für die Zukunft erledigt, weil das nachrangig haftende Kapital der Wfa dem öffentlich-rechtlichen Teil der WestLB zugeordnet werde, der nicht für Wettbewerbsaktivitäten der AG zur Verfügung stehe.

Helmut Diegel (CDU) bringt daraufhin eine schriftliche Anfrage des Europaabgeordneten Konrad in die Diskussion. Herr Konrad habe seine Fragen am 6. Februar an die Kommission gerichtet. Die Antworten von Herrn Monti seien ihm heute zugeleitet worden.

Die erste Frage:

"Ist der Kommission bekannt, wie die geplante neue Gerichtsstruktur zwischen der privatrechtlichen Geschäftsbank und der Tochtergesellschaft 'WestLB AG' und der öffentlich-rechtlichen Förderbank und Muttergesellschaft 'Landesbank NRW' beschaffen ist?"

Die Antwort von Herrn Monti laute:

"Die Kommission hat von den nordrhein-westfälischen Landesbehörden ausführliche Angaben über die geplante Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank in eine öffentlich-rechtliche Muttergesellschaft und eine privatrechtliche Tochtergesellschaft erhalten. Das Modell ist mit dem Beihilferecht des EG-Vertrages grundsätzlich vereinbar, doch werden die Einzelheiten zurzeit noch geprüft."

Die zweite Frage von Herrn Konrad:

"Sind der Kommission die zukünftige Bilanzstruktur zwischen der 'WestLB AG' und der 'LB NRW' sowie die Personalüberlassungs- und Geschäftsbesorgungsverträge zwischen der Mutter und der Tochter bekannt?"

Die Antwort darauf laute:

"Der Kommission sind bisher noch nicht alle Einzelheiten der zukünftigen Bilanzstruktur sowie der Personalüberlassungs- und Geschäftsbesorgungsverträge zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft bekannt. Sollte dies für die Beurteilung der Beihilfe notwendig sein, wird die Kommission diese Angaben anfordern."

Die dritte Frage:

"Ist die Kommission der Auffassung, dass die 'Mutter-Tochter-Vertragsbeziehung' eine tatsächliche und hinreichende Aufspaltung und Abgrenzung der WestLB im Sinne des von der Kommission geforderten Umbaus darstellt, und gibt es innerhalb der Kommission ein abschließendes Meinungsbild hinsichtlich der zukünftigen (Gesamt-) Struktur der WestLB? Wenn ja, wie beurteilt sie diese?"

Die Antwort darauf laute - und diese erscheine ihm besonders wichtig -:

"Das der Kommission unterbreitete Mutter-Tochter-Modell der WestLB stellt grundsätzlich eine wirksame und taugliche Lösung der Beihilfeproblematik dar. Die Beurteilung ist jedoch noch nicht in allen Einzelheiten abgeschlossen, z. B. hinsichtlich des öffentlichen Pfandbriefgeschäfts innerhalb der öffentlich-rechtlichen Gesellschaft und der Rückzahlungsmodalitäten des Betrages, der gemäß der Entscheidung der Kommission vom 8. Juli 1999 über die Vermögensübertragung der WestLB/Wfa aus den kommerziellen Aktivitäten der Bank zurückzufordern ist."

Im Lichte dieser Antworten fragt der Redner noch einmal, ob es nicht möglicherweise doch noch ein paar Einzelheiten gebe, die überprüft würden.

Minister Peer Steinbrück (FM) legt dar, die Kommission hebe teilweise auf Sachverhalte ab, die noch gar nicht vorliegen könnten. Das gelte insbesondere für das Ergebnis des noch laufenden Streitverfahrens in Sachen Wfa, aber auch für die Personalüberlassungs- und Geschäftsbesorgungsverträge, die zurzeit noch erarbeitet würden.

Im Übrigen habe er dem Ausschuss den Brief von Herrn Monti von Ende Oktober 2001 übermittelt, der mehrere Punkte enthalte, zu denen die Landesregierung im fortschreitenden Verfahren noch Rede und Antworten stehen müsse. Das öffentliche Pfandbriefgeschäft gehöre dazu. - Das Mutter-Tochter-Modell werde im Verhältnis zur EU-Kommission keine Schwie-

rigkeiten bereiten. Dass man der Kommission in Abhängigkeit von den Fortschritten bei der Arbeit noch Informationen zu liefern habe - bis nach den abschließenden Beratungen im Parlament -, sei richtig.

Ansonsten sei er sehr froh, dass sowohl die Themen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast wie auch die Neuorganisation des öffentlich-rechtlichen Bankensektors und das Mutter-Tochter-Modell nach Jahren heftigster Auseinandersetzungen nunmehr geklärt seien und es vor wenigen Wochen in Gesprächen mit der Kommission einen solchen Durchbruch gegeben habe, dass auch die Rating-Agenturen das akzeptiert hätten. Er bitte deshalb, keine Zweifel mehr an dieser Gesamtkonstruktion walten zu lassen, weil man damit dem öffentlich-rechtlichen Kreditsektor in Nordrhein-Westfalen keinen Gefallen tue.

Michael Breuer (CDU) erinnert daran, dass das Gesetz schon rückwirkend zum 1. Januar 2002 in Kraft treten solle, und fragt nach, ob Minister Steinbrück ausschließe, dass die EU-Kommission Auflagen mache, die Änderungen des Gesetzentwurfs erforderten.

Er könne keine Konfliktpunkte mit der EU-Kommission erkennen, antwortet **Minister Peer Steinbrück (FM)**. Die Landesregierung sei weiterhin auskunftspflichtig und werde der Kommission ordnungsgemäß berichten. Mit dem Wort "ausschließen" sei er vorsichtig, aber er könne aus der Übersicht der Themen nicht erkennen, dass man mit der Kommission noch irgendwelche Schwierigkeiten bekomme.

Ernst-Martin Walsken (SPD) weist darauf hin, dass es die EU-Kommission sei, die das Verfahren betreibe, und dass dort jederzeit, z. B. aufgrund irgendwelcher Beschwerden von privaten Banken oder anderen Institutionen, ein Informationsbedürfnis entstehen könne. Von daher habe die Landesregierung das Verfahren nicht in der Hand. Alle Beteiligten sollten ein Interesse daran haben, dass das Verfahren zu einem positiven Abschluss komme und die Bank dann in einem rechtsstabilen Raum arbeiten könne. Er bitte deshalb die CDU-Fraktion, Zwischentöne zu vermeiden, sondern im Rahmen eines konstruktiven Dialogs die Fragen konkret anzusprechen, die nach ihrer Meinung noch klärungsbedürftig seien.

Im Übrigen wäre es wichtig zu wissen, wann die EU-Kommission die Fragen des Europaabgeordneten Konrad beantwortet habe. Die Einigung sei bekanntlich am 28. Februar erfolgt; falls die Kommission schon vor diesem Datum geantwortet habe, seien die offenen Punkte möglicherweise schon erledigt.

Helmut Diegel (CDU) stellt klar, die Antwort von Herrn Monti trag das Datum 5. März 2002. Deshalb bitte er, den Fragen weiter nachzugehen. Er halte es für sinnvoller, möglichst alle Fragen vor Verabschiedung des Gesetzentwurfs zu klären, statt ihn möglicherweise hinterher reparieren zu müssen.

Zur Frage der Zeitabläufe bemerkt **Ernst-Martin Walsken (SPD)**, offenbar hätten alle ein Interesse daran, dass möglichst schnell Rechtssicherheit eintrete. Dazu gehöre auch, den Terminplan einzuhalten und das Gesetz Mitte Juni zu verabschieden. Er wäre dankbar, wenn sich alle Fraktionen, auch wenn es schwierig sein werde, darum bemühen würden.

Wünschenswert wäre ferner, wenn hinsichtlich der personellen Führung der Bank zügig Entscheidungen getroffen würden, damit Personalsicherheit bestehe und die Bank agieren könne. Er gehe davon aus, dass der Minister auch den Kontakt zu den Fraktionen suchen und eine sinnvolle und zügige Entscheidung treffen werde.

Vorsitzender Volkmar Klein bezeichnet den Hinweis auf die Terminabfolge als richtig und wird sich bemühen, diese im Gespräch mit den Obleuten zu präzisieren.

5 Das Gesetz zur Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLBG) einer kritischen Prüfung unterziehen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2282

In Verbindung damit:

Autonomie ernst nehmen - Nordrhein-westfälische Hochschulen aus der Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebs entlassen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2290

Vorsitzender Volkmar Klein macht darauf aufmerksam, dass beide Anträge an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - überwiesen worden seien und im Antrag der CDU-Fraktion gefordert werde, im April eine Anhörung durchzuführen. Aus Termingründen wäre das allerdings für den HFA sehr schwierig. Er bitte um Wortmeldungen zum Beratungsverfahren.

Helmut Stahl (CDU) äußert die Hoffnung, sich über die Schritte, die sich aus dem Antrag ergäben, verständigen zu können, denn es werde keine Entscheidung in der Sache gefordert, sondern angeregt, die vorhandene Unruhe und Unsicherheit ein Stück aufzuarbeiten.

In der Sache gehe es zum einen darum, einen Bericht von der Landesregierung zu erbitten, den Minister Steinbrück im Plenum ja bereits zugesagt habe. Zweitens werde angeregt, gemeinsam mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Beteiligten zu hören, inwieweit sich Änderungsbedarf ergeben könnte. Die CDU-Fraktion sei bereit, über den Termin mit sich reden zu lassen.